

Zwischen gestern und morgen – Die Erinnerung an einen Völkermord und das Rennen um die Präsidentschaft

Zusammenfassung der U.S.-Berichterstattung vom 20.04. bis zum 24.04.2015

(ew) Anlässlich des hundertjährigen Jubiläums des Völkermords an den Armeniern während des Ersten Weltkrieges kommentierte die U.S. Presse das Verhalten vor allem des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und die Reaktion des U.S.-Präsidenten Barack Obama. Darüber hinaus gab es verschiedene Meinungen zu Hillary Clintons Potential als nächste Präsidentin und zu ihrem Verhalten während des Wahlkampfes.

Eine Vielzahl amerikanischer Zeitungen kommentierte diese Woche das hundertjährige Jubiläum des armenischen Genozids. Im Zuge des Ersten Weltkrieges verordnete die türkische Regierung 1915 die Vernichtung der christlich-armenischen Bevölkerung zur Etablierung eines türkisch-muslimischen Großreiches. Obwohl die türkische Regierung die Verbrechen am armenischen Volk zugegeben hat, folgt Präsident Recep Tayyip Erdoğan seinen Vorgängern auf dem Pfad der Leugnung des Genozids. Die *Washington Post* kommentierte dies sowohl mit Trauer als auch mit Kritik. Ein Eingeständnis sei demnach nicht nur essentiell für eine Wiedergutmachung, sondern ebenso bedeutend für den inneren Frieden des türkischen Staates. Dass Präsident Erdoğan eine Chance verpasse ein neues Kapitel türkischer Nationalgeschichte zu beginnen, sei unverständlich. Mit anerkennendem Lob und großem Respekt berichtete die *Post* hingegen von jungen türkischen und armenischen Aktivisten, die sich für eine wahrheitsgetreue Aufarbeitung der Geschichte ihrer Völker einsetzten. Zwischen den Zeilen richtete die *Post* ihre Kritik auch an internationale Politiker, die dem Drängen der türkischen Politik den Genozid Begriff zu vermeiden, nachgaben. Die *New York Times* reihte sich in diese Kritik ein, richtete sie jedoch besonders an Barack Obama, der den Ausdruck „Genozid“ bei seiner Ansprache anlässlich des Jubiläums ebenso umgangen hatte. Im Vergleich mit anderen Völkertragödien, wie zum Beispiel der Verfolgung der Aborigines durch weiße Briten in Australien oder dem Holocaust im Dritten Reich, sei das Verhalten der türkischen Politik nicht überraschend. Die *Times* betonte hier besonders die Diskrepanz zwischen türkischer Regierung und Bevölkerung. Letztere habe bereits vor Jahren den Wiedergutmachungsprozess initiiert und betreibe nun in einem offenen und reflektierten Diskurs die Aufarbeitung nationaler Geschichte. Wie die *Post* sieht auch die *Times* im Verhalten Erdoğan's das Verschenken einer wertvollen Chance zur Neugestaltung der türkischen Identität. Die *LA Times* kritisierte ähnlicher Art die Realpolitik Obamas, mit welcher er zwar einen strategischen Partner befriedige, dies jedoch auf Kosten der Anerkennung der Überlebenden und ihrer Nachfahren täte. Lobend verwies die *LA Times* auf Papst Franziskus, der den Betroffenen durch eine klare Botschaft eine längst überfällige offizielle Anerkennung zu Teil kommen ließ.

In der Innenpolitik wandte sich die amerikanische Presse diese Woche besonders Hillary Clinton zu. Diese hatte vor zwei Wochen bekannt gegeben erneut als Präsidentschaftskandidatin der demokratischen Partei ins Rennen zu gehen. Der *Boston Herald* brachte dazu die moderateste Meinung vor und kritisierte Clinton zunächst für ihre Finanzpolitik, welche sie gegen „unerklärlich große Summen“ in der Politik richten wolle, obwohl sie selbst eine der erfolgreichsten „Spendeneintreiberinnen“ sei. Dieser Mangel an Authentizität sei jedoch kein strategischer Beinbruch, so der *Herald*. Da Clinton bereits ein „alter Hase“ im Geschäft ist, sei ihr größter Gewinn ein hohes Maß an Vorhersehbarkeit. Der *Herald* evaluiert sie in der Rolle als Kandidatin genau auf Grund dieser Tatsache als zuverlässig. Ihre Kampagne sei so offensichtlich aufgesetzt und durchgeprobt, dass man als Wähler das Urteil über das Ausmaß der Mogelpackung leicht fällen könne. Diese Berechenbarkeit sah der *Herald* dennoch als deutlichen Vorteil Clintons. Die *New York Times* schlug hier einen schärferen Ton an, der Hillary Clintons Verwicklungen in die Geschäfte der Clinton Foundation als größte Schwachstelle ihrer Wahlkampfkampagne aufzeigte. So müsse Clinton alle Geldströme offen legen, die in den vergangenen Jahren durch die Stiftung geflossen waren. Dies sei der einzige Weg ihre Reputation in den nächsten neunzehn Monaten nicht zu zerstören. Die *Times* bemerkte mit einem sarkastischen Unterton, dass Clinton passend zur Bekanntgabe ihrer Kandidatur von dem Gremium der Stiftung zurückgetreten war. Die *San Francisco Chronicle* sprach sich wiederum für Clinton und ihre solide und verlässliche moralische Einstellung aus. Es sei außer Frage, dass sie gute Ziele verfolge und eine Präsidentin der „kleinen Leute“ werden könnte. Zweifel manifestierte sich hingegen deutlicher bei der Frage nach dem Elan, mit dem Clinton Wahlkampf betreiben werde. Hier stellte die *Chronicle* in Frage, ob Clinton genug Enthusiasmus hervorrufen könnte um ihre noblen politischen Ziele erfolgreich und vor allem glaubwürdig an den Wähler zu verkaufen.

Quellen:

<http://www.washingtonpost.com/>

<http://www.nytimes.com/>

<http://www.latimes.com/>

<http://www.sfgate.com/>

<http://www.bostonherald.com/>